Rahmenordnung
für die
Diplomprüfung im Studiengang
Informatik

– an Universitäten und
gleichgestellten Hochschulen –

beschlossen von der Ständigen Konferenz
der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am

17. Februar 1995

und von der

Konferenz der Rektoren und Präsidenten der
Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland am

21. Februar 1995

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

– Geschäftsstelle für die Koordinierung
der Ordnung von Studium und Prüfungen –

Nassestraße 8
53113 Bonn

Telefon (0228) 501 574

Vorbemerkung

Die Rahmenordnung für die Diplomprüfung im Studiengang Informatik wurde von der Gemeinsamen Kommission für die Koordinierung der Ordnung von Studium und Prüfungen am 25.02.1993 verabschiedet. Die Kultusministerkonferenz hat die Rahmenordnung am 17. Februar 1995, die Hochschulrektorenkonferenz am 21. Februar 1995 beschlossen.
Die Rahmenordnung steht unter dem generellen Vorbehalt der jeweils gültigen Fassung der Allgemeinen Bestimmungen für Diplomprüfungsordnungen sowie des jeweils geltenden Landesrechts.

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeines

§ 1 Diplomgrad

Die Diplomprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluß des Diplomstudienganges Informatik. Aufgrund der bestandenen Diplomprüfung wird der akademische Grad „Diplom–Informatiker“ bzw. „Diplom–Informatikerin“ (abgekürzt: „Dipl.–Inf.“) verliehen.)

§ 2 Regelstudienzeit, Studienaufbau, Umfang des Lehrangebots

(1) Die Regelstudienzeit beträgt neun Semester. Wenn in den örtlichen Prüfungsordnungen eine berufspraktische Ausbildung von mindestens vier Monaten oder eine vergleichbare Projektarbeit gefordert wird und wenn die hierfür angesetzte Zeit nach Landesrecht auf die Regelstudienzeit angerechnet wird, erhöht sich die Regelstudienzeit auf 10 Semester. Die örtlichen Prüfungs– und Studienordnungen stellen nach Maßgabe dieser Rahmenordnung sicher, daß das Studium einschließlich der Prüfungen innerhalb der Regelstudienzeit vollständig abgeschlossen werden kann.

(2) Das Studium gliedert sich in das Grundstudium von vier Semestern und das Hauptstudium von fünf Semestern. Das Hauptstudium verlängert sich auf sechs Semester, wenn eine berufs–praktische Ausbildung von mindestens vier Monaten oder eine vergleichbare Projektarbeit gefordert wird. Das Grundstudium wird mit der Diplom–Vorprüfung, das Hauptstudium mit der Diplomprüfung abgeschlossen.

(3) Das Lehrangebot erstreckt sich über acht Semester. Das Studium umfaßt Lehrveranstaltungen des Pflicht– und Wahlpflichtbereichs mit einem Gesamtumfang von höchstens 165 Semesterwochenstunden, die sich in etwa gleichmäßig auf das Grund– und das Hauptstudium verteilen, sowie Lehrveranstaltungen nach freier Wahl des Kandidaten.

(4) Die örtlichen Prüfungsordnungen können vorsehen, da der Kandidat während des Hauptstudiums eine berufspraktische Ausbildung von mindestens vier Monaten abzuleisten hat, oder eine vergleichbare Projektarbeit erstellen muß.

§ 3 Aufbau der Prüfungen, Prüfungsfristen

(1) Der Diplomprüfung geht die Diplom–Vorprüfung voraus. Die Diplom–Vorprüfung besteht aus Fachprüfungen, die Diplomprüfung aus Fachprüfungen und der Diplomarbeit. Fachprüfungen setzen sich aus den Prüfungsleistungen in einem Prüfungsfach oder in einem fachübergreifenden Prüfungsgebiet zusammen. Eine Fachprüfung kann aus mehreren Prüfungsleistungen bestehen.

(2) Die Fachprüfungen bestehen aus mündlichen Prüfungen und/oder aus Klausurarbeiten und sonstigen schriftlichen Arbeiten. Die örtlichen Prüfungsordnungen regeln, welche Prüfungsleistungen schriftlich und welche mündlich zu erbringen sind.

(3) Die örtlichen Prüfungsordnungen können eine Teilung der Diplom–Vorprüfung und der Diplomprüfung in Prüfungsabschnitte vorsehen. Fachprüfungen können studienbegleitend vor den jeweiligen in den örtlichen Prüfungsordnungen festgesetzten Prüfungszeiträumen abgenommen werden (vorgezogene Fachprüfungen), wenn die Lehrinhalte des Prüfungsfaches im vollen Umfang vermittelt worden sind.

(4) Die örtlichen Prüfungsordnungen können vorsehen, daß Prüfungsleistungen durch Studienleistungen ersetzt werden, sofern diese nach Anforderungen und Verfahren den Prüfungsleistungen gleichwertig sind (prüfungsrelevante Studienleistungen). Auf prüfungsrelevante Studienleistungen finden insbesondere die Vorschriften über die Bewertung und die Wiederholung von Prüfungsleistungen Anwendung. Die Prüfungsleistungen der Diplomprüfung können nicht vollständig durch prüfungsrelevante Studienleistungen ersetzt werden.

(5) Die örtlichen Prüfungsordnungen bestimmen die Fristen für die Meldung zur Diplom–Vorprüfung und zur Diplomprüfung bzw. bei einer Teilung der Prüfungen in Abschnitte, die Frist für die Meldung zum letzten Prüfungsabschnitt. Bei einer studienbegleitenden Prüfung bestimmen die örtlichen Prüfungsordnungen auch den Zeitpunkt, zu dem ein Student die erforderlichen studienbegleitenden Leistungen nachweisen muß. Die Fristen sind entsprechend §16 Abs. 3 HRG so festzusetzen, daß die Diplom–Vorprüfung bis zum Beginn der Vorlesungszeit des fünften Semesters und die Diplomprüfung grundsätzlich innerhalb der in §2 Absatz 1 festgesetzten Regelstudienzeit vollständig abgelegt werden können. Die Prüfungen können auch vor Ablauf der festgesetzten Frist abgelegt werden, sofern die für die Zulassung zur Prüfung erforderlichen Leistungen nachgewiesen sind.

(6) Der Prüfungsausschuß hat sicherzustellen, daß Leistungsnachweise und Fachprüfungen in den in den Prüfungsordnungen festgesetzten Zeiträumen abgelegt werden können. Zu diesem Zweck soll der Kandidat rechtzeitig sowohl über Art und Zahl der zu erbringenden Leistungsnachweise und der zu absolvierenden Fachprüfungen als auch über die Termine, zu denen sie zu erbringen sind, und ebenso über den Aus– und Abgabezeitpunkt der Diplomarbeit informiert werden. Dem Kandidaten sind für jede Fachprüfung auch die jeweiligen Wiederholungstermine bekanntzugeben.

§ 4 Prüfungsausschuß

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch die jeweiligen örtlichen Prüfungsordnungen zugewiesenen Aufgaben sind Prüfungsausschüsse zu bilden. Sie haben in der Regel nicht mehr als sieben Mitglieder. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt in der Regel drei Jahre. Die örtlichen Prüfungsordnungen können für die studentischen Mitglieder kürzere Amtszeiten vorsehen.

(2) Der Vorsitzende, sein Stellvertreter, die weiteren Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Stellvertreter werden von der zuständigen Fakultät bzw. Abteilung oder

dem Fachbereich bestellt. Die Professoren verfügen über die absolute Mehrheit der Stimmen.

(3) Der Prüfungsausschuß achtet darauf, daß die Bestimmungen der Prüfungsordnungen eingehalten werden. Er berichtet regelmäßig der Fakultät (Abteilung, Fachbereich) über die Entwicklung der Prüfungs– und Studienzeiten einschließlich der tatsächlichen Bearbeitungszeiten für die Diplomarbeit sowie über die Verteilung der Fach– und Gesamtnoten. Der Bericht ist in geeigneter Weise durch die Hochschule offenzulegen. Der Prüfungsausschuß gibt Anregungen zur Reform der Studienordnungen/Studienpläne und Prüfungsordnungen.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme der Prüfungen beizuwohnen.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Stellvertreter unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 5 Prüfer und Beisitzer

(1) Der Prüfungsausschuß bestellt die Prüfer und die Beisitzer. Er kann die Bestellung dem Vorsitzenden übertragen. Zu Prüfern dürfen nur Professoren und andere nach Landesrecht prüfungsberechtigte Personen bestellt werden, die, sofern nicht zwingende Gründe eine Abweichung erfordern, in dem Fachgebiet, auf das sich die Prüfung bezieht, eine eigenverantwortliche, selbständige Lehrtätigkeit ausüben oder ausgeübt haben. Zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer die Diplomprüfung im Studiengang Informatik oder in dem Fachgebiet, auf das sich die Prüfung bezieht, oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat.

(2) Die örtlichen Prüfungsordnungen können vorsehen, daß der Kandidat für die Diplomarbeit und die mündlichen Prüfungen den Prüfer oder eine Gruppe von Prüfern vorschlagen kann. Der Vorschlag begründet keinen Anspruch.

(3) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, daß dem Kandidaten die Namen der Prüfer rechtzeitig bekanntgegeben werden.

(4) Für die Prüfer und Beisitzer gilt §4 Abs. 5 entsprechend.

§ 6 Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen und Zulassungsverfahren

(1) Zur Diplom–Vorprüfung und zur Diplomprüfung kann nur zugelassen werden, wer

1. das Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife, einer einschlägigen fachgebundenen Hochschulreife oder eine durch Rechtsvorschrift oder von der zuständigen staatlichen Stelle als gleichwertig anerkannte Zugangsberechtigung besitzt,
2. die fachlichen Zulassungsvoraussetzungen für die jeweilige Prüfung erfüllt (§17 und §21),
3. an einer in den örtlichen Prüfungsordnungen ggf. geforderten Studienberatung teilgenommen hat,
4. seinen Prüfungsanspruch nach Maßgabe des jeweiligen Landesrechts mit dem Überschreiten der Fristen für die Meldung zur oder die Ablegung der Diplom–Vorprüfung nicht verloren hat.

Die Zulassung ist zu versagen, wenn der Kandidat die Diplom–Vorprüfung oder die Diplomprüfung im Studiengang Informatik oder nach Maßgabe des Landesrechts in einem verwandten Studiengang an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes endgültig nicht bestanden hat, oder wenn er sich in einem solchen Studiengang in einem Prüfungsverfahren befindet.

(2) Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich zu stellen. Dem Antrag sind beizufügen:

1. die Nachweise über das Vorliegen der in Absatz 1 Ziffer 1 bis 4 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
2. das Studienbuch oder die an der jeweiligen Hochschule an seine Stelle tretenden Unterlagen,
3. eine Erklärung darüber, ob der Kandidat bereits eine Diplom–Vorprüfung oder eine Diplomprüfung im Studiengang Informatik oder nach Maßgabe des Landesrechts in einem verwandten Studiengang nicht bestanden hat oder ob er sich in einem solchen Studiengang in einem Prüfungsverfahren befindet.

(3) Ist es dem Kandidaten nicht möglich, die Unterlagen in der vorgeschriebenen Weise beizufügen, kann der Prüfungsausschuß gestatten, den Nachweis auf andere Art zu führen.

(4) Der Antrag auf Zulassung ist jeweils gesondert für die Diplom–Vorprüfung und die Diplomprüfung zu stellen. Die örtlichen Prüfungsordnungen regeln, wann die Anträge zu stellen und die für die Zulassung erforderlichen Nachweise vorzulegen sind.

(5) Die örtlichen Prüfungsordnungen können vorsehen, daß der Kandidat mindestens das letzte Semester vor der Diplom–Vorprüfung und der Diplomprüfung im Diplomstudiengang Informatik an der Hochschule eingeschrieben gewesen sein muß, an der er die Zulassung zur Diplom–Vorprüfung beantragt.

(6) Über die Zulassung entscheidet der Prüfungsausschuß oder nach Maßgabe der örtlichen Prüfungsordnungen deren Vorsitzender.

§ 7 Arten der Prüfungsleistungen

(1) Prüfungsleistungen sind

1. die mündlichen Prüfungen (§8),
2. die Klausurarbeiten und sonstigen schriftlichen Arbeiten (§9),
3. die Diplomarbeit (§10).

(2) Macht ein Kandidat durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft, daß er wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, hat der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem Kandidaten zu gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Entsprechendes gilt für Studienleistungen.

§ 8 Mündliche Prüfungen

(1) In den mündlichen Prüfungen soll der Kandidat nachweisen, daß er die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag. Durch die mündlichen Prüfungen soll ferner festgestellt werden, ob der Kandidat über breites Grundlagenwissen verfügt. Darüber hinaus können die örtlichen Prüfungsordnungen vorsehen, daß vom Kandidaten benannte eingegrenzte Themen (Vertiefungsgebiete) geprüft werden.

(2) Mündliche Prüfungen werden in der Regel vor einem Prüfer in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers oder vor mindestens zwei Prüfern (Kollegialprüfung) als Einzelprüfungen oder als Gruppenprüfung abgelegt. Hierbei wird jeder Kandidat grundsätzlich nur von einem Prüfer geprüft. Vor der Festsetzung der Note hört der Prüfer die anderen an einer Kollegialprüfung mitwirkenden Prüfer.

(3) Die örtlichen Prüfungsordnungen regeln die Dauer der mündlichen Prüfungen. Die Dauer der mündlichen Prüfungen soll je Kandidat und Fachprüfung mindestens 20 und höchstens 60 Minuten betragen. Werden in einer Fachprüfung schriftliche und mündliche Prüfungsleistungen gefordert, so beträgt die Dauer der mündlichen Prüfung höchstens 30 Minuten.

(4) Die wesentlichen Gegenstände und die Ergebnisse der mündlichen Prüfungen sind in einem Protokoll festzuhalten. Die Bewertung ist dem Kandidaten jeweils im Anschluß an die mündlichen Prüfungen bekanntzugeben.

(5) Studenten, die sich zu einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sollen nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen werden, es sei denn, der Kandidat widerspricht. Die Zulassung erstreckt sich jedoch nicht auf die Beratung und Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse an den Kandidaten.

§ 9 Klausurarbeiten und sonstige schriftliche Arbeiten

(1) In den Klausurarbeiten und sonstigen schriftlichen Arbeiten soll der Kandidat nachweisen, daß er in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln mit den geläufigen Methoden seines Faches ein Problem erkennen und Wege zu einer Lösung finden kann.

(2) Klausurarbeiten und sonstige schriftliche Arbeiten, deren Bestehen Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums ist, sind in der Regel von zwei Prüfern zu bewerten. Für prüfungsrelevante Studienleistungen gemäß §3 Abs. 4 gilt dies nur nach Maßgabe des Landesrechts. Das Bewertungsverfahren soll vier Wochen nicht überschreiten. Die Note errechnet sich aus dem Durchschnitt (arithmetischen Mittel) der Einzelbewertungen.

(3) Die örtlichen Prüfungsordnungen regeln die Dauer der Klausurarbeiten und der sonstigen schriftlichen Arbeiten. Die Dauer der Klausurarbeiten darf je Fachprüfung insgesamt vier Stunden nicht über– und zwei Stunden nicht unterschreiten. Werden in einer Fachprüfung schriftliche und mündliche Prüfungsleistungen gefordert, so beträgt die Dauer der Klausurarbeiten höchstens zwei Stunden.

§ 10 Diplomarbeit

(1) Die Diplomarbeit ist eine Prüfungsarbeit, die die wissenschaftliche Ausbildung abschließt. Sie soll zeigen, daß der Kandidat in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus der Informatik oder den Anwendungen der Informatik selbständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten.

(2) Die Diplomarbeit kann von jedem in Informatik in Forschung und Lehre tätigen Professor und anderen, nach Landesrecht prüfungsberechtigten Personen ausgegeben und betreut werden. Soll die Diplomarbeit außerhalb des Fachbereichs Informatik (Abteilung, Fakultät) durchgeführt werden, bedarf es hierzu der Zustimmung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Dem Kandidaten ist Gelegenheit zu geben, für das Thema der Diplomarbeit Vorschläge zu machen.

(3) Auf Antrag sorgt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, daß der Kandidat rechtzeitig ein Thema für eine Diplomarbeit erhält. Die Ausgabe des Themas erfolgt über den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen. Das Thema der Diplomarbeit kann auch vor Erbringen der Zulassungsvoraussetzungen nach §21 Abs. 1 Nr. 2 und 3 ausgegeben werden.

(4) Die Diplomarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen Kandidaten aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.

(5) Die Bearbeitungszeit für die Diplomarbeit darf sechs Monate nicht überschreiten. Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Diplomarbeit sind vom Betreuer so zu begrenzen, daß die Frist zur Bearbeitung der Diplomarbeit eingehalten werden kann. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten zwei Monate der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. Im Einzelfall kann der Prüfungsausschuß die Bearbeitungszeit auf begründeten Antrag ausnahmsweise um höchstens drei Monate verlängern.

(6) Die Diplomarbeit ist fristgemäß bei der in den örtlichen Prüfungsordnungen zu bestimmenden Stelle abzuliefern; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Bei der Abgabe der Diplomarbeit hat der Kandidat schriftlich zu versichern, daß er seine Arbeit — bei einer Gruppenarbeit seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit — selbständig verfaßt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

(7) Die Diplomarbeit ist in der Regel von zwei Prüfern zu bewerten. Einer der Prüfer soll derjenige sein, der das Thema der Diplomarbeit ausgegeben hat. Der zweite Prüfer wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestimmt. Die örtlichen Prüfungsordnungen regeln das Verfahren der Bewertung bei nicht übereinstimmender Beurteilung. Das Bewertungsverfahren soll vier Wochen nicht überschreiten.

§ 11 Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfern festgesetzt. Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1	=	sehr gut	=	eine hervorragende Leistung
2	=	gut	=	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3	=	befriedigend	=	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4	=	ausreichend	=	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5	=	nicht ausreichend	=	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen können Zwischenwerte durch Erniedrigen oder Erhöhen der einzelnen Noten um 0,3 gebildet werden; die Noten 0,7, 4,3 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

(2) Besteht eine Fachprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen, errechnet sich die Fachnote aus dem Durchschnitt (arithmetischen Mittel) der Noten der einzelnen Prüfungsleistungen.

Die Fachnote lautet:

Bei einem Durchschnitt bis 1,5	=	sehr gut
bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5	=	gut
bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5	=	befriedigend
bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0	=	ausreichend
bei einem Durchschnitt über 4,0	=	nicht ausreichend.

(3) Bei der Bildung der Fachnoten wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(4) Für die Bildung der Gesamtnote (vgl. §24 Abs. 1) gelten die Absätze 2 und 3 entsprechend.

§ 12 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5.0) bewertet, wenn der Kandidat einen Prüfungstermin ohne triftige Gründe versäumt oder wenn er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuß unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Kandidaten kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes und in Zweifelsfällen ein Attest eines von der Hochschule benannten Arztes verlangt werden. Werden die Gründe anerkannt, so wird ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) Versucht der Kandidat, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5.0) bewertet. Ein Kandidat, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistungen ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5.0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuß den Kandidaten vom Erbringen weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(4) Der Kandidat kann innerhalb einer in den örtlichen Prüfungsordnungen festzulegenden Frist verlangen, da die Entscheidungen nach Abs. 3 Satz 1 und 2 vom Prüfungsausschuß überprüft werden. Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 13 Bestehen, Nichtbestehen, Bescheinigung von Prüfungsleistungen

(1) Fachprüfungen sind bestanden, wenn sie mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet wurden. Die örtlichen Prüfungsordnungen können vorsehen, daß eine Fachprüfung nur bestanden ist, wenn sämtliche zu ihr gehörenden Prüfungsleistungen mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet wurden.

(2) Die Diplom–Vorprüfung ist bestanden, wenn ihre Fachprüfungen bestanden sind. Die Diplomprüfung ist bestanden, wenn ihre Fachprüfungen bestanden sind und die Diplomarbeit mindestens mit „ausreichend“ (4,0) bewertet wurde.

(3) Hat der Kandidat eine Fachprüfung nicht bestanden oder wurde die Diplomarbeit mit „nicht ausreichend“ bewertet, so erteilt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem Kandidaten hierüber einen schriftlichen Bescheid, der auch darüber Auskunft gibt, ob und ggf. in welchem Umfang und innerhalb welcher Frist die Fachprüfung wiederholt werden kann. Dieser ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(4) Hat der Kandidat die Diplom–Vorprüfung oder die Diplomprüfung nicht bestanden oder gelten sie als nicht bestanden, wird ihm auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten sowie die zur jeweiligen Prüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält und erkennen läßt, daß die Prüfung nicht bestanden ist.

§ 14 Freiversuch

(1) Die Hochschulprüfungsordnungen können vorsehen, daß erstmals nicht bestande Fachprüfungen als nicht unternommen gelten, wenn sie innerhalb der Regelstudienzeit und zu dem in den Hochschulprüfungsordnungen vorgesehenen Zeitpunkt abgelegt werden (Freiversuch). Sie können auch vorsehen, daß die Freiversuchsregelung nur dann Anwendung findet, wenn sämtliche Prüfungsleistungen der Diplomprüfung innerhalb der Regelstudienzeit erbracht werden.

(2) Im Rahmen des Freiversuchs bestandene Fachprüfungen können zur Notenverbesserung innerhalb einer von den Hochschulprüfungsordnungen zu bestimmenden Frist einmal wiederholt werden; dabei zählt das jeweils bessere Ergebnis.

(3) Das Nähere regeln die Hochschulprüfungsordnungen. Sie regeln insbesondere, welche Zeiten im Hinblick auf die Einhaltung des Zeitpunktes für den Freiversuch nicht angerechnet werden (wie z.B. Unterbrechung des Studiums wegen Krankheit oder eines anderen zwingenden Grundes, Studienzeiten im Ausland).

§ 15 Wiederholung

(1) Fachprüfungen, die nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, können einmal wiederholt werden. Fehlversuche an anderen Hochschulen sind anzurechnen. Die Wiederholung einer bestandenen Fachprüfung ist nicht zulässig.

(2) Eine zweite Wiederholung derselben Fachprüfung ist, soweit das Landesrecht sie nicht nur ausnahmsweise vorsieht, nur in eingeschränktem Umfang zulässig. Das Nähere regeln die örtlichen Prüfungsordnungen.

(3) Die örtlichen Prüfungsordnungen bestimmen die Frist, innerhalb der die Wiederholungsprüfungen abzulegen sind. Sie sollen im Rahmen der Prüfungstermine des jeweiligen folgenden Semesters stattfinden. Bei Versäumnis der Wiederholungsfrist erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, der Kandidat hat das Versäumnis nicht zu vertreten.

(4) Besteht eine Fachprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen und ist sie nur bestanden, wenn sämtliche ihr zugehörigen Prüfungsleistungen mindestens mit „ausreichend“ (4,0) bewertet wurden, können die örtlichen Prüfungsordnungen auch vorsehen, daß nur die einzelne Prüfungsleistung zu wiederholen ist. Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend.

(5) Die Diplomarbeit kann bei nicht ausreichenden Leistungen einmal wiederholt werden. Eine zweite Wiederholung der Diplomarbeit ist ausgeschlossen. Eine Rückgabe des Themas der Diplomarbeit in der in §10 Abs. 5 Satz 3 genannten Frist ist jedoch nur zulässig, wenn der Kandidat bei der Anfertigung seiner ersten Diplomarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hatte.

§ 16 Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

(1) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen im Studiengang Informatik an einer Universität oder einer gleichgestellten Hochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung anerkannt. Dasselbe gilt für die Diplom–Vorprüfung. Soweit die Diplom–Vorprüfung Fächer nicht enthält, die an der aufnehmenden Hochschule Gegenstand der Diplom–Vorprüfung nicht aber der Diplomprüfung sind, ist eine Anerkennung mit Auflagen möglich. Die Anerkennung von Teilen der Diplomprüfung kann versagt werden, wenn mehr als die Hälfte der Fachprüfungen oder die Diplomarbeit anerkannt werden soll.

(2) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen werden anerkannt, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt ist. Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des entsprechenden Studiums an der aufnehmenden Hochschule im wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Bei

der Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die außerhalb des Geltungsbereiches des Hochschulrahmengesetzes erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten.

(3) Für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend; Absatz 2 gilt außerdem auch für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen an Fach– und Ingenieurschulen und Offiziershochschulen der ehemaligen Deutsche Demokratische Republik.

(4) Einschlägige berufspraktische Tätigkeiten werden anerkannt.

(5) Werden Studien– und Prüfungsleistungen anerkannt, sind die Noten — soweit die Notensysteme vergleichbar sind — zu übernehmen und nach Maßgabe der örtlichen Prüfungsordnungen in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anerkennung im Zeugnis ist zulässig.

(6) Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1 – 4 besteht Rechtsanspruch auf Anerkennung. Die Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen. Der Kandidat hat die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

II. Diplom–Vorprüfung

§ 17 Zweck und Durchführung der Diplom–Vorprüfung

(1) Durch die Diplom–Vorprüfung soll der Kandidat nachweisen, daß er das Ziel des Grundstudiums erreicht hat und daß er insbesondere die inhaltlichen Grundlagen seines Faches, ein methodisches Instrumentarium und eine systematische Orientierung erworben hat, die erforderlich sind, um das Studium mit Erfolg fortzusetzen.

(2) Die Diplom–Vorprüfung soll vor Beginn des fünften Fachsemesters abgelegt werden.

(3) Die mündlichen Prüfungen eines Prüfungsabschnittes sollen innerhalb von vier Wochen abgelegt werden.

§ 18 Fachliche Zulassungsvoraussetzungen für die Diplom–Vorprüfung

(1) Zur Diplom–Vorprüfung kann nur zugelassen werden, wer neben den in §6 aufgeführten Anforderungen im Grundstudium

1. drei bis sechs Leistungsnachweise in Informatik,
2. zwei bis vier Leistungsnachweise in Mathematik,
3. einen bis zwei Leistungsnachweise im Nebenfach (Ergänzungsfach, Anwendungsfach)

erbracht hat.

(2) Die Anzahl der im Grundstudium zu erbringenden Leistungsnachweise darf neun nicht überschreiten.

(3) Die örtlichen Prüfungsordnungen legen die zu erbringenden Leistungen im einzelnen fest. Die Leistungsnachweise in Informatik erstrecken sich über die Grundlagen der Praktischen Informatik, der Technischen Informatik und der Theoretischen Informatik. Sie schließen mindestens ein Praktikum ein.

§ 19 Umfang und Art der Diplom–Vorprüfung

(1) Die Diplom–Vorprüfung besteht aus

1. drei Fachprüfungen in Informatik
2. einer Fachprüfung in Mathematik
3. einer Fachprüfung im Nebenfach (Ergänzungsfach, Anwendungsfach).

(2) Gegenstand der Fachprüfungen sind die Stoffgebiete der den Prüfungsfächern nach Maßgabe der örtlichen Studienordnungen zugeordneten Lehrveranstaltungen. Die örtlichen Prüfungsordnungen müssen die Prüfungsanforderungen in den einzelnen Fächern soweit wie möglich konkret beschreiben und begrenzen.

(3) Die Fachprüfungen in Informatik erstrecken sich über die Grundlagen der Praktischen, Technischen und Theoretischen Informatik, die in etwa zu gleichen Teilen berücksichtigt werden.

(4) Die Fachprüfungen bestehen nach Maßgabe der örtlichen Prüfungsordnungen aus mündlichen Prüfungen (§8) und/oder Klausurarbeiten oder sonstigen schriftlichen Arbeiten (§9). Die Dauer der je Kandidat und Fachprüfung zur Verfügung stehenden Prüfungszeit ergibt sich aus den §8 Abs. 3 und §9 Abs. 3.

§ 20 Bildung der Fachnoten und Gesamtnote, Zeugnis

(1) Die Diplom–Vorprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Fachprüfungen bestanden sind. Für jede Fachprüfung wird eine Fachnote gebildet. Die Gesamtnote der Diplom–Vorprüfung errechnet sich aus dem Durchschnitt (arithmetischen Mittel) der Fachnoten.

(2) Über die bestandene Diplom–Vorprüfung ist unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen, ein Zeugnis auszustellen, das die in den Fachprüfungen erzielten Noten und die Gesamtnote enthält. Das Zeugnis ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

III. Diplomprüfung

§ 21 Zweck und Durchführung der Diplomprüfung

Durch die Diplomprüfung soll festgestellt werden, ob der Kandidat die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben hat, die Zusammenhänge seines Faches überblickt und die Fähigkeit besitzt, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse der Informatik anzuwenden.

§ 22 Fachliche Zulassungsvoraussetzungen für die Diplomprüfung

(1) Zur Diplomprüfung kann nur zugelassen werden, wer neben den in §6 aufgeführten Anforderungen

1. die Diplom–Vorprüfung im Studiengang Informatik oder nach Maßgabe des Landesrechts in einem verwandten Studiengang oder eine gemäß §15 als gleichwertig angerechnete Prüfungsleistung bestanden hat,
2. im Hauptstudium
   a) bis zu fünf Leistungsnachweise im Hauptfach Informatik
   b) bis zu zwei Leistungsnachweise im Nebenfach (Ergänzungsfach, Anwendungsfach) erbracht hat,
3. die in den örtlichen Prüfungsordnungen ggf. geforderte berufspraktische Ausbildung erfolgreich abgeleistet oder die vergleichbare Projektarbeit erfolgreich abgeschlossen hat.

(2) Die Leistungsnachweise unter Ziffer 2 a) umfassen mindestens ein Hauptseminar in Informatik und ein Informatik–Praktikum. Im übrigen legen die örtlichen Prüfungsordnungen fest, welche Leistungsnachweise gemäß Ziffer 2 zu erbringen sind. Eine nach den örtlichen Prüfungsordnungen zu erbringende Studienarbeit gilt als Leistungsnachweis im Sinn von Ziffer 2.

§ 23 Umfang und Art der Diplomprüfung

(1) Die Diplomprüfung besteht aus den Fachprüfungen und der Diplomarbeit. Sie umfaßt

1. zwei Fachprüfungen in Informatik

2. eine Fachprüfung im Vertiefungsgebiet Informatik (Studienschwerpunkt)
3. eine Fachprüfung im Nebenfach (Ergänzungsfach, Anwendungsfach).

Die Fachprüfungen zu Ziffer 1 erstrecken sich auf den Kernbereich der Informatik und berücksichtigen die wesentlichen Inhalte der Angewandten, Praktischen, Technischen und Theoretischen Informatik. Die örtlichen Prüfungsordnungen bestimmen die der jeweiligen Fachprüfung zugeordneten Gebiete.

(2) Die Fachprüfungen bestehen nach Maßgabe der örtlichen Prüfungsordnungen aus mündlichen Prüfungen (§8) und/oder Klausurarbeiten oder sonstigen schriftlichen Arbeiten (§9). Die Dauer der je Kandidat und Fachprüfung zur Verfügung stehenden Prüfungszeit ergibt sich aus den §8 Abs. 3 und §9 Abs. 3. Die örtlichen Prüfungsordnungen regeln den Umfang der einzelnen Prüfungsleistungen und deren Reihenfolge im einzelnen.

(3) Die Fachprüfungen der Diplomprüfung können vor oder nach dem Anfertigen der Diplomarbeit abgelegt werden. Dabei sind die in §2 Abs. 1 genannten Fristen einzuhalten.

§ 24 Zusatzfächer

(1) Der Kandidat kann sich in weiteren als den vorgeschriebenen Fächern einer Prüfung unterziehen (Zusatzfächer). Die örtlichen Prüfungsordnungen können Regelungen über Anzahl, Umfang und Anforderungen von Zusatzfächern vorsehen. Das Ergebnis der Prüfung in diesen Fächern wird bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht mit einbezogen.

§ 25 Bildung der Gesamtnote und Zeugnis

(1) Die Gesamtnote errechnet sich aus dem Durchschnitt (arithmetischen Mittel) der Fachnoten und der Note der Diplomarbeit, die mit dem Faktor zwei gewichtet wird.

(2) Bei überragenden Leistungen kann das Gesamturteil „mit Auszeichnung bestanden“ erteilt werden.

(3) Hat ein Kandidat die Diplomprüfung bestanden, so erhält er über die Ergebnisse ein Zeugnis. In das Zeugnis wird auch das Thema der Diplomarbeit und deren Note aufgenommen. Gegebenenfalls können ferner die Studienrichtung und die Studienschwerpunkte sowie — auf Antrag des Kandidaten — das Ergebnis der Prüfung in den Zusatzfächern und die bis zum Abschluß der Diplomprüfung benötigte Fachstudiendauer in das Zeugnis aufgenommen werden. Auf Antrag des Kandidaten ist in einem Beiblatt zum Zeugnis die Notenverteilung des jeweiligen Prüfungsjahrganges (Notenspiegel, Rangzahl), soweit landesrechtlich die Voraussetzungen hierfür bestehen, anzugeben.

(4) Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist. Es ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

§ 26 Diplomurkunde

(1) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird dem Kandidaten die Diplomurkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Diplomgrades beurkundet.

(2) Die Diplomurkunde wird von dem Vertreter des für die Verleihung zuständigen Organs und dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Hochschule oder der Fakultät/des Fachbereichs versehen.

IV. Schlußbestimmungen

§ 27 Ungültigkeit der Diplom–Vorprüfung und der Diplomprüfung

(1) Hat der Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuß nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne daß der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuß.

(3) Dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die Diplomurkunde einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschung für „nicht bestanden“ erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von 5 Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 28 Einsicht in die Prüfungsakten

Innerhalb eines Jahres nach Abschluß des Prüfungsverfahrens wird dem Kandidaten auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfer und in die Prüfungsprotokolle gewährt.

Erläuterungen zur Rahmenordnung

Vorbemerkung

Diese Rahmenordnung baut auf der geltenden Rahmenordnung für den Diplomstudiengang Informatik von 1981 auf. Sie berücksichtigt die Empfehlungen der Gesellschaft für Informatik zur Ausbildung von Diplom–Informatikern (siehe Informatik Spektrum Band 8, 1985, Seite 164 – 165) und die Weiterentwicklung der Informatik. Diese ist stärker und schneller erfolgt als in vielen anderen Disziplinen und ist gekennzeichnet durch große technologische Veränderungen, die stetige Verbreiterung des methodischen Spektrums, eine starke Ausweitung von Anwendungen und eine ingenieurmäßige Ausrichtung der Informatik.
In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich der Diplom–Studiengang Informatik zu einem von Universitäten und Industrie allgemein anerkannten Studiengang entwickelt. Die früheren Rahmenordnungen für den Diplomstudiengang Informatik haben dabei normierend gewirkt. Die Entwicklung der Informatik insgesamt und unterschiedliche Randbedingungen für den Studiengang Informatik haben zu örtlichen Akzentuierungen geführt. Dies schlägt sich in geringfügigen Abweichungen der Prüfungs– und Studienordnungen untereinander und von der geltenden Rahmenordnung nieder. Trotzdem gibt es in der gesamten Bundesrepublik ein einheitliches, inhaltlich vergleichbares Konzept des Studiengangs Informatik.

Zur Regelstudienzeit

Die Informatik ist zentral mit der Entwicklung und Beherrschung komplexer Informatik–Systeme befaßt. Sie hat sich — unbeschadet ihrer strukturwissenschaftlichen Grundlagen — zu einer ingenieurmäßigen Disziplin im Sinne konstruierender Tätigkeiten entwickelt. Diese Entwicklung wird sich verstärkt fortsetzen.
In bezug auf Umfang und Struktur ist der Diplomstudiengang Informatik daher den Studiengängen in den klassischen Ingenieurwissenschaften gleichzusetzen.
Dem Diplom–Informatiker steht ein sehr vielfältiges Tätigkeitsfeld offen. Von ihm wird erwartet, da er in der Lage ist, ingenieursmäßig Methoden und Techniken zur Konstruktion großer Informatik–Systeme anzuwenden, sich schnell in neue Problemstellungen und andere Gebiete einzuarbeiten und durch selbständige Weiterbildung den Anschluß an die Entwicklung seines Faches zu halten. Dazu ist eine breite Ausbildung in den methodischen Grundlagen und die Vermittlung von ingenieurmäßigen Vorgehens– und Verhaltensweisen erforderlich. Eine Regelstudienzeit (einschließlich Fachprüfungen und Diplomarbeit) von neun Semestern, die sich bei einer berufspraktischen Ausbildungsphase, wenn die hierfür erforderliche Zeit von mindestens vier Monaten nach Landesrecht auf die Regelstudienzeit angerechnet wird, auf 10 Semester erhöht, ist daher unabdingbar notwendig.

Berufspraktische Ausbildung

Ziel einer berufspraktischen Ausbildung im Diplomstudiengang Informatik ist es, den Informatiker mit der Berufspraxis vertraut zu machen. Er wird hierbei in der Regel an ein größeres, betriebliches Projekt herangeführt und wird an dessen Lösung mitarbeiten. Die Aufgabe ist unter realen Anforderungen zu erledigen; Anforderungen wie Zuverlässigkeit, Robustheit, Benutzerfreundlichkeit, Umgang mit großen Systemen, Zeitplanung, etc. erhalten ein besonderes Gewicht. Darüber hinaus geht es bei der berufspraktischen Ausbildung um die von der Praxis geforderte außerfachliche Qualifikation wie Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Projekterfahrung etc. Diese Fähigkeiten werden vom Informatiker in besonderer Weise gefordert, wenn er aus der Praxis stammende Probleme einer Lösung zuführen soll. Dies kann eine Ausbildung an der Universität nur bedingt vermitteln; die Prüfungsbestimmungen fordern Individualleistungen und damit genau entgegengesetzte Eigenschaften. Die organisatorische Struktur und Randbedingungen, sowie Art und Komplexität der an der Universität behandelten Probleme liegen anders als in der beruflichen Praxis.

In der Rahmenordnung von 1981 war eine berufspraktische Ausbildung zugelassen; diese wurde aber aus naheliegenden Gründen von den örtlichen Prüfungsordnungen nicht gefordert. So standen in dieser Zeit nicht genügend qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die Zeit für das Absolvieren der berufs–praktischen Ausbildung konnte nicht auf die Studienzeit angerechnet werden und wegen der ohnehin sehr guten Berufschancen gab es keinen zwingenden Anlaß zum Erwerb zusätzlicher berufs–praktischer Fähigkeiten. Fachinhaltlich ist die Notwendigkeit für die Berufsausbildung wegen der zunehmenden Komplexität und Vielfalt der in der Praxis eingesetzten Informatik–Systeme größer geworden; dies wird sich weiter verstärken.

Für das Absolvieren der berufspraktischen Ausbildung stehen qualifizierte Ausbildungsplätze in der Informatik–Industrie, bei Informatik–Anwendern und Informatik–Forschungseinrichtungen in einer insgesamt ausreichenden Zahl zur Verfügung. Es muß jedoch davon ausgegangen werden, daß es örtlich Probleme bei der Bereitstellung einer dem Bedarf entsprechenden Zahl an Ausbildungsplätzen geben kann. Dies gilt für industriell schwach entwickelte Regionen und übergangsweise für die neuen Bundesländer. Aus diesem Grunde muß es (möglicherweise für einen befristeten Zeitraum) den örtlichen Prüfungsordnungen vorbehalten bleiben, ob sie eine berufspraktische Ausbildung einfordern oder nicht. An die Stelle einer berufspraktischen Ausbildung kann auch die Durchführung einer Projektarbeit treten, sofern diese in Anforderungen und Zielen der o.g. berufspraktischen Ausbildung gleichwertig ist. Projektarbeiten können in Hochschulinstituten, in Instituten an der Hochschule oder Forschungseinrichtungen, z.B. durch die Mitwirkung an Forschungsprojekten (Drittmittelforschung, Sonderforschungsbereiche), durchgeführt werden. Es werden Fragestellungen bearbeitet, die eine koordinierte Zusammenarbeit vieler Mitarbeiter erfordern. An diese Fragestellungen wird unter qualifizierter Anleitung von Wissenschaftlern herangeführt und an verschiedenen Phasen von Projektabläufen unter den gegebenen Randbedingungen mitgewirkt. Aufgaben, Tätigkeiten und Ergebnisse der Projektarbeit werden in einem abschließenden Projektbericht dargelegt. Diese Maßnahme ermöglicht einerseits ein frühzeitiges Heranführen an Forschungsarbeiten und wäre so für die Gewinnung von wissenschaftlichem Nachwuchs von Nutzen, und sie bedeutet eine relative Verbesserung der örtlich für die Absolvierung der berufspraktischen Ausbildung verfügbaren Arbeitsplätze.

Die berufspraktische Ausbildung fördert die Möglichkeit, unmittelbar nach dem Studi-

enabschluß eigenverantwortlich und selbständig in die Berufswelt einzutreten. Dies zeigt die Erfahrung der Ingenieurwissenschaften seit vielen Jahren. Darüber hinaus fördert sie Kontakte zwischen den Universitäten und der Informatik–Industrie und den Informatik–Anwendern und verstärkt den raschen Transfer von neuen Entwicklungen und Forschungsergebnissen.
Die berufspraktische Ausbildung kann nicht während der vorlesungsfreien Zeit absolviert werden. Wegen der hohen Ansprüche des Faches wird diese für die Vor– und Nachbereitung des Studiums (Praktika, Seminare, Einarbeitung in neue Systeme, Ablegen der Prüfungen) benötigt. Die angegebene Dauer von mindestens vier Monaten wird für erforderlich gehalten; ein Zeitraum von vier bis sechs Monaten sollte die Regel sein. Dieser Zeitraum muß zusammenhängend zur Verfügung stehen, damit die Tätigkeit erfolgreich absolviert werden kann. Dies wird durch positive Erfahrungen aus Dresden und Rostock belegt, wo ein vier bis sechsmonatiges Berufspraktikum im Informatikstudium in den Jahren 1985 – 1990 obligatorisch war.

Umfang

Der vorgesehene Umfang des Lehrangebotes von höchstens 165 Semesterwochenstunden für den Pflicht– und Wahlpflichtbereich berücksichtigt die derzeitige Praxis an den Universitäten.
Das Lehrangebot verteilt sich in etwa gleichmäßig auf das Grund– und das Hauptstudium. Im Grundstudium entfallen mindestens 40 Semesterwochenstunden auf die Informatik Grundlagen und ca. 30 Semesterwochenstunden auf die mathematischen Grundlagen. Hinzu kommen Grundlagen im obligatorischen Nebenfach. Das Lehrangebot im Hauptstudium umfaßt Lehrveranstaltungen der Angewandten Informatik, der Praktischen Informatik, der Technischen Informatik und der Theoretischen Informatik. Darüber hinaus werden gesellschaftliche Aspekte der Informatik und ihre Auswirkungen auf Gesellschaft, Technik und Umwelt berücksichtigt. Parallel dazu erfolgt die fortgesetzte Ausbildung im Nebenfach, durch die grundlegende Fähigkeiten und Kenntnisse in einem weiteren Fach erworben werden.
Das Lehrangebot von höchstens 165 Semesterwochenstunden verteilt sich in etwa gleichmäßig über die veranschlagten acht Semester. Zuzüglich der Veranstaltungen nach freier Wahl des Studenten ergibt sich eine durchschnittliche Belastung von 22 bis 23 Stunden pro Woche. Es ist bekannt, daß das Informatik–Studium ein arbeitsintensives Studium ist. Bei der effektiven Lernzeit spielt die Verfügbarkeit von Rechnerarbeitsplätzen eine nicht unwesentliche Rolle. Die Studierbarkeit innerhalb der angegebenen Regelstudienzeit setzt voraus, daß die vorlesungsfreie Zeit zur Vor– und Nachbereitung des Stoffes und den Erwerb von Fertigkeiten im Umgang mit Informatik–Systemen mitverwendet wird.

Aufbau von Prüfungen und Prüfungsvoraussetzungen

Derzeit wird der Diplomstudiengang Informatik von über 35 Universitäten und Technischen Hochschulen angeboten. Die jeweiligen Informatik–Fachbereiche unterscheiden sich

recht stark. Die Varianz ergibt sich u.a. aus der personellen Ausstattung, der Struktur der Hochschule (Universität, Technische Hochschule), dem Spektrum der Fakultäten und Studienfächer an der jeweiligen Universität, dem Import und Export von Lehrleistungen, dem industriellen Umfeld und aus örtlichen Schwerpunktbildungen innerhalb der Informatik. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf die Möglichkeiten und Notwendigkeiten bei der Gestaltung des Studiengangs Informatik und schlägt sich in den örtlichen Prüfungsordnungen nieder.
Diesen Gegebenheiten trägt die Rahmenordnung dadurch Rechnung, daß sie den örtlichen Prüfungsordnungen einen entsprechenden Spielraum im Hinblick auf die organisatorische Gestaltung von Studium und Prüfungen gewährt. Die eigentlichen Ziele und Inhalte des Informatik–Studiums und das Konzept eines einheitlichen Informatik–Studiengangs werden dadurch nicht gefährdet. Tendenzen zur Einrichtung von spezialisierten, zu eng angelegten neuen Studiengängen mit Informatik–Anteilen wird entgegengewirkt.
Zur Diplom–Vorprüfung werden sechs bis neun Leistungsnachweise als Zulassungsvoraussetzung gefordert. Diese erstrecken sich über die Informatik, die Mathematik und das Nebenfach und sichern damit die erforderliche Breite. Das Informatik–Praktikum wird sich in der Regel mit der Programmierung befassen und garantiert dadurch entsprechende praktische Fertigkeiten. Durch die Begrenzung der Zahl der Leistungsnachweise ist eine Überforderung der Studierenden ausgeschlossen. Die Leistungsnachweise sind nicht einzelnen Fachgebieten zugeordnet, so daß sie durch die örtlichen Prüfungsordnungen vorbereitend und/oder komplementär zu den Stoffgebieten der Prüfungsfächer festgelegt werden können. Örtliche Akzentuierungen können so berücksichtigt werden. Dies gilt entsprechend für die Diplomprüfung.
Wegen der erforderlichen Flexibilität bleibt es den örtlichen Prüfungsordnungen vorbehalten, die einzelnen Fachprüfungen inhaltlich exakt zu beschreiben und gegeneinander abzugrenzen. Dies muß so geregelt werden, daß die wesentlichen Inhalte der Praktischen Informatik, der Technischen Informatik und der Theoretischen Informatik angemessen vertreten sind und die erforderliche Breite und Tiefe abgedeckt werden. Dazu werden die Fachprüfungen der Diplom–Vorprüfung oft auf die angebotenen Lehrveranstaltungen bezogen. Die Zuordnung je einer Fachprüfung auf die Praktische Informatik, die Technische Informatik und die Theoretische Informatik kann auch deshalb nicht erfolgen, weil die traditionelle Aufteilung der Informatik in dieser Form in der Lehre nicht eingehalten wird. Vielmehr liegen die Lehrinhalte, insbesondere in den Informatik–Lehrveranstaltungen im Grundstudium, oft quer zu dieser Klassifikation. Theoretische Grundlagen werden mit praktischen Methoden, den technischen Realisierungen und den Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Anwendungen verzahnt. Dies ist eine umfassende, systemtechnische Sicht, die sich an Problembereichen, Konzepten und Methoden orientiert und so didaktisch sinnvoll ist. Eine sich daran orientierende Festlegung der Fachprüfungen kann derzeit nicht erfolgen, da es dafür keine allgemein akzeptierte Klassifikation gibt. Auch gibt es keine feste Reihenfolge, in der die entsprechenden Inhalte vermittelt werden oder vermittelt werden müssen. Die entsprechenden Inhalte und Erfordernisse sind in Fachkreisen allgemein bekannt und werden nach einem einheitlichen Gesamtkonzept vermittelt.